



Am 6. und 9. August jähren sich zum 60. mal die Atombombenangriffe auf Hiroshima und Nagasaki. Beide Städte wurden weitgehend zerstört und über 200.000 Menschen fielen unmittelbar dem Inferno zum Opfer. Weit mehr noch starben an den Spätfolgen der radioaktiven Verseuchung.

Keiner der politischen und militärischen Verantwortlichen, keiner der beteiligten Wissenschaftler musste sich je für diese Verbrechen gegen die Menschheit verantworten.

In Heidelberg werden wie überall in der Welt zum Gedenken daran Veranstaltungen stattfinden, beginnend Es geht dabei aber nicht nur um Erinnern. Noch immer schwebt die tödliche Gefahr großflächiger Zerstörung und radioaktiver Verseuchung durch Kernwaffen über der Menschheit. Nach wie vor bedrohen uns 28.000 Atomwaffen, die meisten von ihnen (96%) im Besitz der USA und Russland.

- **Wir fordern die vollständige Abrüstung all dieser Waffen.**
- **Wir fordern die USA – als militärisch stärkste Macht – auf, damit zu beginnen.**
- **Wir verlangen von der deutschen Regierung, dieser Forderung Nachdruck zu verleihen und insbesondere die Stationierung von Nuklearwaffen auf deutschem Boden und die Teilhabe daran umgehend zu beenden.**

Noch immer lagern auch in Deutschland US-amerikanische Atombomben, vermutlich 130 in Ramstein und 20 in Büchel, jede davon mit der fünffachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe. Sie gehören der Bundeswehr eine „nukleare Teilhabe“ am

Kernwaffenpotential der USA, mit eigenen Kampfflugzeugen und speziell dafür ausgebildeten Piloten.

Auch die Regierung von SPD und Grüne hat die grundgesetz- und völkerrechtswidrige Praxis nicht beendet. Die Ablehnung von Atomwaffen durch beide Parteien entpuppte sich als Lippenbekenntnis. Im Mai hatte Militärminister Peter Struck Hoffnungen geweckt, als er eine Debatte um den Abzug US-amerikanischer Atomwaffen aus Deutschland und Europa beim Treffen der Nukleare Planungsgruppe der NATO Anfang Juni ankündigte. – Geschehen ist nichts, obwohl Deutschland als souveränes Land jederzeit den Abtransport verlangen kann. Doch „wegen der 20 Dinger in Büchel, verkrache ich mich doch nicht mit den Amis,“ so Bundeskanzler Schröder laut TAZ vom 9. Juni 2005.

Dem rot-grünen Beharren auf der Hand an der Bombe liegen aber gewichtigere Gründe zugrunde als das Verhältnis zum mächtigen Partner. „Die glaubwürdige Demonstration von Bündnissolidarität und das nukleare Streitkräftepotenzial erfordern auch in Zukunft die deutsche Teilhabe an den kollektiven nuklearen Aufgaben“ so die Antwort des Bundesverteidigungsministeriums im Februar 2004 auf eine schriftliche Anfrage zum Thema. „Dazu gehören die Stationierung von verbündeten Nuklearstreitkräften auf deutschem Boden, die Beteili-

gung an Planung, Konsultationen sowie die Bereitstellung von Trägermitteln.“ Herzustellen.

Seit 1999 sind auch Versuche der rot-grünen Regierung erkennbar, eine europäische „Sicherheits- und Verteidigungsunion“ einschließlich einer europäischen Nuklearstreitmacht mit deutscher Beteiligung zu etablieren.

Mit der „nukleare Teilhabe“ an ihrem Nuklearwaffenpotential hatten die USA den Verbündeten, die nicht zum Club der Atomkräfte gehörten, die Zustimmung zum Atomwaffensperrvertrag erleichtert. Nach Meinung der meisten anderen Unterzeichnerstaaten war dies schon der erste Verstoß der Westmächte gegen diesen Vertrag.

Mit dem Atomwaffensperrvertrag verpflichteten sich die Atomkräfte zur sukzessiven Abrüstung ihrer Arsenale. Das war die Voraussetzung, dass andere Staaten ihrerseits auf die Entwicklung von Kernwaffen verzichten. Keine der Atomkräfte macht bisher Anstalten, dieser Verpflichtung nachzukommen, die USA haben sogar begonnen, ihr Arsenal zu modernisieren.

Ausgerechnet die Macht, die über das mächtigste Arsenal dieser Massenvernichtungswaffen verfügt und diese Waffen bereits eingesetzt hat, bedroht andere Staaten, weil diese sich die Fähigkeiten zur Atomwaffenherstellung verschaffen könnten.

Die aggressive US-Politik wiederum verstärkt bei den Ländern, die sich im Visier Washingtons sehen,

den Glauben, allein der Besitz wirksamer Abschreckungswaffen könne sie wirksam vor einem Angriff schützen.

Die Gefahr des Einsatzes von Atomwaffen ist in den letzten Jahren massiv gestiegen. Die neuen Einsatzpläne des Pentagons sehen den Einsatz nuklearer Waffen auch gegen Gegner vor, die selbst nicht über Atomwaffen verfügen, unter Umständen schon dann, wenn gut verbunkerte Ziele auf andere Weise nicht zerstört werden können.

Die USA haben mit der Entwicklung spezieller Atomwaffen hierfür bereits begonnen, sogenannter Mini-Nukes, deren Zerstörungskraft geringer sein soll, als die herkömmlicher Bomben. Dadurch wird die Hemmschwelle für ihren Einsatz gesenkt, obwohl sie kaum schwächer als die Hiroshima-Bomben sein werden.

Akut bedroht durch die USA und Israel ist aktuell der Iran. Nach US-amerikanischen Zeitungsberichten wird im Rahmen der aktuell erarbeiteten Angriffsszenarien auch der Einsatz nuklearer Bomben gegen verbunkerte Ziele erwogen.

Ohne die Gefahren einer weiteren Verbreitung von Atomwaffen vernachlässigen zu wollen, die Hauptgefahr geht nicht von Ländern aus, die sich solche Waffen evtl. beschaffen wollen, sondern von der einzig verbliebenen Supermacht und ihren Verbündeten, die alleine Kernwaffen straflos einsetzen könnten.

- **Wir sind erbost über die Untätigkeit aller bisherigen Bundesregierungen und fordern für die Zukunft eine klare Politik für eine nukleare Abrüstung, bei der die westlichen Staaten vorangehen sollen.**
- **Wir fordern insbesondere den Abzug aller in Deutschland lagernden Atomwaffen und wenden uns entschieden gegen nukleare Optionen in den deutschen und europäischen Sicherheits- und Verteidigungsstrategien.**
- **Wir fordern die Wähler/innen auf, ihre Wahlentscheidung auch von der Haltung und vom Engagement der Kandidaten in diesen Frage abhängig zu machen.**

Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg, 5. August.2005

60 Jahre Hiroshima und Nagasaki - für eine Welt ohne Atomwaffen

Freitag 5. August

Zum Gedenken an die Zerstörung der beiden japanischen Städte durch US-amerikanische Atombomben und für die Forderung nach Abrüstung aller atomaren Waffen finden in Heidelberg folgende Veranstaltungen statt:

- **18.00-22.00 Mahnwache mit Infostand** beim Anatomiegarten in der Hauptstr.
- **22 Uhr Abschlusskundgebung** mit Prof. Ulrich Duchrow
- **22.30-0.15 Kerzenaktion vor dem US-Hauptquartier** (im Rahmen der bundesweiten Aktion »Nacht der 100.000 Kerzen«, zeitgleich mit den Gedenkfeiern in Japan)

Zur Teilnahme laden ein: Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg, Die Bunte Linke, der Heidelberger Friedensratschlag, der DGB Rhein-Neckar, Die Linkspartei Heidelberg und die Aktion Völkerrecht / Schüler-Friedensbüro